

Extra

Oppositionsbank ist sehr hart

Schwenningen. Erstmals stellte sich der Wahlkreisabgeordnete Thorsten Frei (CDU) als Oppositionspolitiker dem Redaktionsteam der NECKARQUELLE im Interview. Frei hofft darauf, nächste Woche als Fraktionsvize der Union bestätigt zu werden und gibt zu: „Die Oppositionsbank ist sehr hart.“ Deshalb soll sich die Partei personell und programmatisch erneuern. Mehr weiter hinten im Blatt. *nq*



CDU-Fraktions-Vize Thorsten Frei (links) im Gespräch mit NECKAR-QUELLE-Redaktionsleiter Dr. Ralf Trautwein. *Foto: Christian Thiel*



„Links ist da, wo jetzt die Regierung sitzt“, scheint CDU-Wahlkreisabgeordneter Thorsten Frei zu sagen – zum ersten Mal in seiner Berliner Zeit stellte er sich dem großen NECKARQUELLE-Interview als Oppositionspolitiker. In dieser ungewohnten Rolle fielen die Antworten nicht immer leicht, wie man sieht (Mitte). Frei hofft inständig, dass die Union sich in der Opposition erneuern und baldmöglichst wieder mitregieren kann (rechts). Dafür will er auch weiterhin als Mitglied der Fraktionsspitze sorgen.

Fotos: Christian Thiel

Die Oppositionssitze sind hart

Politik Thorsten Frei, Wahlkreisabgeordneter der CDU und Vize-Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag, blickt im großen NECKARQUELLE-Interview auf die Ablösung seiner Partei in der Regierung zurück und macht sich Gedanken über die Zukunft.

Die Ära Angela Merkel ist zu Ende, nach 16 Jahren in der Regierung müssen die CDU-Bundestagsabgeordneten wieder auf der harten Oppositionsbank Platz nehmen. Unter ihnen: Thorsten Frei, der direkt gewählte Abgeordnete von hier und Unionsfraktions-Vize. In den letzten Monaten, besonders aber im Wahlkampf, war Frei in dieser Funktion das Mediengesicht der Union, absolvierte zahlreiche Fernsehauftritte und führte einen engagierten persönlichen Wahlkampf. Das zahlte sich aus: Er verteidigte mit 36,4 Prozent der Stimmen sein Direktmandat und fuhr erneut das zweitbeste CDU-Ergebnis im Land ein. Dennoch bedeutet die Abwahl der Union auch für den 48-jährigen Berufspolitiker und dessen Karriere einen herben Dämpfer.

sehr gut beschäftigt. Obwohl ich jetzt in der Opposition bin.

Wie kommt das?

Frei: Das liegt sicherlich auch an der Situation. Wir sind in einer Übergangszeit. Eine neue Regierung kommt, und wir sind, das kann man nicht anders sagen, mit einer veritablen Krise geschlagen. Corona hat mit der vierten Welle noch einmal voll zugeschlagen. Deshalb ist jetzt nicht die Zeit, mit ruhiger Hand zu agieren. Alle Beteiligten sind gefordert. Da die Infektion auch in mein Ressort als Rechtspolitiker fällt, habe ich nach wie vor viel zu tun.

„In der parlamentarischen Demokratie ist eine Opposition notwendig.“

Heute keine Milch, Herr Frei? Ist Kaffee schwarz ein Bekenntnis zur CDU?
Thorsten Frei: (lacht) Eigentlich habe ich mir angewöhnt, Espresso zu trinken. Im Büro wurde mein Kaffee immer kalt, weil ich nebenher viel telefoniere. Und der Espresso ist eben mit einem Schluck weg.

Wie viel haben Sie denn aus der Opposition heraus überhaupt noch mitzureden?

Frei: Alles, was im Bundestag passiert, passiert auch künftig nicht ohne uns. Etwa zwei Drittel aller Bundesgesetze sind zustimmungspflichtig. Das heißt, sie müssen durch den Bundesrat. Und hier verfügen die unionsgeführten Länder noch immer über eine deutliche Mehrheit. Deshalb

werden wir hier unsere Vorstellungen mit einbringen können.

Also dürfen wir jetzt nicht schreiben: „Thorsten Frei hat in Berlin nichts mehr zu melden!“?

Frei: So dramatisch würde ich es jetzt nicht formulieren. Nichtsdestotrotz ist es natürlich etwas anderes, ob man in einer Regierungs- oder in einer Oppositionsfraktion sitzt. Das ist ganz klar.

Wie sind Ihre ersten Eindrücke von der harten Oppositionsbank aus? Hat die Union nun einen kleineren Fraktionssaal bezogen?

Frei: Nein, wir brauchen weiter einen sehr großen Fraktionssaal, auch weil wir bislang immer sehr gedrängt saßen. Und ja, die Oppositionssitze sind echt hart. Das kann man nicht anders sagen. Aber: In der parlamentarischen Demokratie ist eine Opposition notwendig. Norbert Lammert (Anm. d. Red. ehemaliger Bundestagspräsident, CDU) hat mal gesagt: „Eine Regierung gibt es in jedem Land der Erde. Erst die Opposition macht das Ganze zur Demokratie.“

Man sieht, Sie machen aus der neuen Situation das Beste. Doch nach 16 Jahren Merkel ist die Lage für Ihre Partei ernüchternd; die CDU hat abgewirtschaftet.

Frei: So würde ich das nicht sagen.

Wir haben 16 Jahre regiert, und die Bilanz dieses Landes kann sich sehen lassen. Deutschland ist nicht mehr der „kranke Mann Europas“, wie es einst das Wirtschaftsmagazin „The Economist“ geschrieben hat. In einer langen Regierungszeit liegt freilich immer die Gefahr, sich auch ein Stück weit zu erschöpfen. Deswegen war klar, dass dies ein Bergauf-Wahlkampf werden würde. Es ist wohl eher die Regel als die Ausnahme, dass man es nach einer so langen Zeit an der Regierung nicht schafft, den personellen Wechsel hinzubekommen.

Bergauf-Wahlkampf sagen Sie... doch die Union hat, möchte man meinen, ja auch alles dafür getan, um nicht wieder auf dem Gipfel anzukommen. Machtkampf, Maskenskandal, und, und, und. Da ist vieles schief gelaufen.

Frei: Absolut. Wenn man eine Wahl so krachend verliert wie wir, dann gibt es dafür Gründe. Natürlich sind viele Fehler gemacht worden.

„Wenn man eine Wahl so krachend verliert wie wir, dann gibt es dafür Gründe.“

Auch der Status der CDU als Volkspartei ist erschüttert. Nach der Wende hatte sie fast 800 000 Mitglieder. Heute sind es nur noch die Hälfte. Und es macht nicht den Anschein, als sei dies eine Momentaufnahme.

Frei: Schon 2013, als wir über 41 Prozent bekamen und nur sechs Mandate zur absoluten Mehrheit im Bundestag gefehlt haben, sagten viele Politikwissenschaftler, es werde künftig keiner Partei mehr gelingen, bei Bundestagswahlen über 40 Prozent zu kommen. Ich glaube, man darf die Volksparteien nicht totreden. Ich bin davon überzeugt, dass sie eine Zukunft haben und für die Stabilität unseres Landes eine zentrale Bedeutung besitzen. Deshalb möchten wir mit unserer Politik auf die gesamte Bevölkerung abzielen, auf alle Altersgruppen also, und auf alle sozialen Schichten. Unsere Mitgliederzahl ist rückläufig, das

stimmt. Aber sie ist nicht weniger rückläufig als bei vergleichbaren Parteien. Natürlich können auch wir uns von gesellschaftlichen Großtrends nicht abkoppeln.

In den Meinungsumfragen liegen Sie heute dennoch schlechter als vor der Wahl.

Frei: Wodurch hätte jetzt auch ein Aufschwung kommen sollen?

Zum Beispiel durch ein gutes Corona-Krisenmanagement.

Frei: Der künftige Bundeskanzler (Anm. d. Red. Olaf Scholz, SPD) tut gerade so, als ob er damit nichts zu tun hätte. Ich will nur mal dran erinnern, dass die SPD in den vergangenen Jahren immer Teil der Regierung war. Natürlich zeigt die Wahlniederlage auf uns auch in personeller Hinsicht Wirkung: Wir wählen jetzt bald einen neuen Vorsitzenden. Wir erneuern uns außerdem inhaltlich und programmatisch. Das wird nicht von heute auf morgen gehen. Dafür brauchen wir Zeit. Die nächste Landtagswahl wird im März sein. Solche Zeiträume bedeuten in der Politik Welten. Ich mache mir da keine großen Gedanken.

Nächste Woche wählen Sie Ihre Fraktionsführung neu und den Parteivorstand im Januar.

Frei: Ja, und dann sind wir auch wieder „gefechtsfähig“, wenn Sie so wollen.

Richtig „gefechtsfähig“ ist ein Schlachtschiff ja nur mit einem guten Kapitän. Den Posten hätten gerne Norbert Röttgen, Friedrich Merz und Helge Braun (Anm. d. Red. unter Angela Merkel Chef des Bundeskanzleramts). Wer wird der neue starke Mann bei der CDU?

Frei: Nicht nur von ihrer politischen Ausrichtung, sondern auch von ihrer Persönlichkeit her, sind das drei ganz unterschiedliche Leute.

Halt – läuft das nicht auf eine Wahl zwischen Not und Elend hinaus?

Frei: Nein. Absolut nicht.

Röttgen und Merz haben gegen Lachet die letzte Wahl des Parteivorstehenden verloren. Also gegen einen Mann, mit dem die CDU als Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl keinen Blumentopf gewinnen konnte. Und Helge Braun ist ja auch nicht ge-

rader der Inbegriff eines Charismatikers...

Frei: Mit innerparteilichen Wahlniederlagen in der Vergangenheit würde ich jetzt nicht kommen...

Haben Sie niemanden Besseren?

Frei: Da können wir ja mal über Olaf Scholz reden...

Wir sind jetzt aber bei der CDU!

Frei: Scholz hat vor zwei Jahren bei der Wahl des SPD-Vorsitzenden gegen Leute wie Walter-Borjahn und Esken verloren. Insofern ist das kein Maßstab. Alle drei Kandidaten für den Vorsitz können das. Da wir den Vorsitzenden mittlerweile in einer Urabstimmung der Mitglieder wählen, wird der Neue hohe Akzeptanz bekommen. Auch von denen, die ihn nicht wählen.

Innerhalb der CDU mag das so sein. Doch wie präsentiert man sich nach außen?

Frei: Ich vertraue auf die Schwarmintelligenz der CDU-Mitglieder. Wir werden gemeinsam eine kraftvolle Opposition bilden. Das haben wir in den wenigen Bundestagsitzungen seit der Wahl schon gezeigt.

„Ich vertraue auf die Schwarmintelligenz der CDU-Mitglieder.“

In der Kreis-CDU, deren Vorsitzender Sie sind, gab es in der Vergangenheit eine Präferenz für Friedrich Merz. Ist das auch dieses Mal so?

Frei: Ich kann jetzt nicht mit allen 1400 Mitglieder sprechen. Merz hat bei ihnen immer viele Sympathien genossen. Ich gehe davon aus, dass das auch jetzt so sein dürfte.

Merz ist auch Ihr Favorit?

Frei: Ich glaube, jetzt ist nicht die Stunde für einen Vorsitzenden und Abgeordneten zu erklären, was er für richtig hält. Natürlich habe ich meine Präferenz. Wenn sich mein Favorit nicht durchsetzen sollte, werde ich den neuen Vorsitzenden dennoch mit voller Kraft unterstützen. Und das erwarte ich auch von jedem anderen.



„Brauchen wir nicht dringend eine Impfpflicht?“, wollte NECKARQUELLE-Redaktionsleiter Dr. Ralf Trautwein von Thorsten Frei wissen.

Wie kann die CDU ihren Markenkern stärken und ein Image entwickeln, das ihr auch die Stimmen einer jüngeren Wählerschaft einbringt?

Frei: Auch wenn wir nicht in der Opposition gelandet wären, wäre die CDU um einen Erneuerungsprozess nicht umhin gekommen. Wir müssen uns auf unseren Wesenskern konzentrieren. Wir haben keine Flügel, aber unterschiedliche Wurzeln: die christlich-soziale, die liberale und die konservative Wurzel. Wir müssen an unserem Markenkern die Patina der letzten Jahre abkratzen, damit diese drei Wurzeln wieder sichtbar werden. In der Vergangenheit haben wir das immer hingekriegt. Und wenn gestritten wird, dann über Inhalte. Wir haben in der Vergangenheit viel Streit aus persönlichen Gründen geführt.

Warum? War da zu wenig Führung, nachdem die Kanzlerin den Parteivorsitz abgegeben hat?

Frei: Es ist eine schwierige Ausgangsposition, wenn Kanzlerschaft und Parteivorsitz getrennt sind. Das hat uns ab 2019 nicht gut getan. Das hat dazu geführt, dass Annegret Kramp-Karrenbauer (Anm. d. Red. als Nachfolgerin Merkmals ehemalige Parteivorsitzende der CDU) die Truppen nicht vollständig hinter sich versammeln konnte.

Wie wird sich Ihre Rolle in Zukunft darstellen?

Frei: Alle Mitglieder des Fraktionsvorstands außer Fraktionschef Ralph Brinckhaus werden nächste Woche neu gewählt. Auch ich werde wieder antreten. Klar ist, in Oppositionszeiten gibt es wenig interessante Positionen zu verteilen.

„Wir brauchen und wollen keine Zuwanderung in die sozialen Transfersysteme.“

Sie müssten als Vize eigentlich gesetzt sein. So oft, wie Sie schon im Fernsehen waren ... wenn Sie mit Ihrem Fraktionschef zusammen stehen, dann sagen die Leute sicher schon: „Guck mal, der neben dem Frei ist das der Brinckhaus?“

Frei (lacht): Nett von Ihnen, dass Sie das so sagen. Aber vielleicht ist das der Blick durch die Wahlkreisbrille – nämlich, dass man die Leute, die man kennt, bewusster wahrnimmt in den Medien.

Aber bei den Berliner Sendern wie Bild TV oder Welt sind Sie ja bestimmt schon mit den Kameraleuten per Du.

Frei: Klar, ich habe jeden Tag überregionale Medienkontakte. Das hängt aber auch mit den Themen zusammen, die ich bearbeite, und die ein starke Rolle gespielt haben. Zur Zeit eben das Infektionsschutzgesetz – es ist übrigens sehr befriedigend, wenn die eigene Arbeit zum Gesetz wird – oder auch das Thema „Migration über die Osteuroparoute“. Es ist positiv, dass ich hier für die Fraktion Positionen markieren kann. Das Wichtigste ist nun, dass wir die Zeit in der Opposition nutzen und dafür sorgen, dass sie so kurz wie möglich ausfällt. Wir wollen in vier Jahren wieder gewinnen und eine Regierung anführen.

Ein Leuchtturm Ihrer Arbeit an Bundesgesetzen war die am Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das Ihre Handschrift trägt. Nun hat es aber nicht das gehalten, was Sie sich davon versprochen haben. Es sind weniger Qualifizierte eingewandert als es braucht. Deshalb spricht einiges dafür, dass die Ampel anders an das Thema Einwanderung herangehen wird.

Frei: Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz wendet sich nur an Menschen von außerhalb Europas. Auf seiner Grundlage sind etwa 70 000 Menschen nach Deutschland gekommen – und das in der Coronazeit, wo Migration anders stattgefunden hat als zuvor. Das finde ich keinen schlechten Wert. Es ist schwer,

zu einer wirklich fundierten Bewertung zu kommen.

Die Grünen, die nun mitregieren, sehen das Thema ganz anders.

Frei: Genau. Und es geht um eine Haltungsfrage, über die sich streiten lässt. Wir möchten eine klare Trennung zwischen Fluchtmigration und Arbeitsmigration. Die Ampelparteien möchten beides vermischen und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz entwerfen – weil sie allen, unabhängig von ihrer Qualifikation, die Zuwanderung nach Deutschland ermöglichen wollen. Wir sind zwar aufgrund unserer demografischen Situation auf eine Einwanderung angewiesen, aber in den Arbeitsmarkt. Wir brauchen und wollen keine Zuwanderung in die sozialen Transfersysteme. Und genau drauf läuft das hinaus, was die Ampel jetzt vereinbart hat. Faktisch wird man die Ordnung und Steuerung der Migration aufgeben. Deshalb halte ich diese Pläne in höchstem Maße für gefährlich für unser Land.

Auch beim Impfen gehen Sie mit der neuen Regierung nicht konform – Sie stehen einer Impfpflicht nach wie vor skeptisch gegenüber. Sie wollen lieber Kontakte stark reduzieren – eine Maßnahme, die einen Großteil ihrer Wähler, Selbstständige zum Beispiel, erneut schwer beschädigen würde. Außerdem haben wir mittlerweile doch eine Situation, in der man sagen kann, dass es jetzt ums Ganze geht.

Frei: Diese vierte Welle werden wir nicht durch Impfungen, sondern nur durch Kontaktreduzierungen bekämpfen können. Es ist schon extrem unbefriedigend, dass wir wieder in einer ähnlichen Situation sind wie vor einem Jahr. Da müssen wir einen Weg finden, der herausführt...

Ihr Parteifreund Spahn hat das nicht besonders gut hingekriegt. Wir stecken, wie Sie selbst sagen, im selben Schlamassel wie vor einem Jahr und haben eine niedrige Impfquote.

Frei: Rückblickend muss man sagen: Mit dem Wissen von später hätte man vieles anders gemacht. Zum Beispiel die Impfzentren nicht geschlossen. Man kann aber nicht alles beim Bundesgesundheitsminister abladen. Impf- und Testkapazitäten aufzubauen ist eine Sache der Länder, auch wenn der Bund das meiste finanziert! In den 16 Ländern ist man ganz unterschiedlich verfahren. Fast alle Politiker aller Parteien sagen heute das Gegenteil dessen, was sie noch vor ein paar Wochen gesagt haben. Auch über die Impfpflicht. Ob Söder, Spahn oder Lindner – bis vor wenigen Wochen haben sie alle eine Impfpflicht noch ausgeschlossen. Diese Krise ist enorm volatil. Man muss die Größe haben, eigene



Thorsten Frei und seine CDU wollen in einer „bürgerlichen Opposition“ konstruktiv Politik mit gestalten, machte Thorsten Frei klar; hinten Daniela Schneider und Hans-Jürgen Eisenmann von der NECKARQUELLE-Redaktion.

Positionen auch immer wieder anzupassen. Es gibt hier auch keine parteiiche Frontstellung: Nahezu alle Ministerpräsidenten der Union haben sich für eine Impfpflicht ausgesprochen.

Und warum sind Sie dann noch skeptisch?

Frei: Skeptisch sein heißt nicht, dass ich dem nachher nicht zustimmen werde. Es bleibt eine Güterabwägung. Das Bundesverfassungsgericht hat noch einmal deutlich gemacht, dass kein Grundrecht absolut gilt, was manche Menschen in Deutschland ja glauben. Grundrechte können durch Gesetze eingeschränkt werden. Eine Impfpflicht ist aber ein massiver Eingriff in Artikel 2 des Grundgesetzes, der das Recht auf körperliche Unversehrtheit garantiert. Klar: Dieses Recht haben auch alle anderen Menschen. Ich finde, eine Impfpflicht bleibt dennoch eine Ultima Ratio. Sie ist ein extrem scharfes Schwert. Wenn man es anwendet, muss es auch funktionieren.

Aber sind wir nicht an dem Punkt, an dem wir dieses letzte geeignete Mittel einsetzen müssen?

Frei: Haben wir denn schon alle Möglichkeiten ausgeschöpft?

Die ganzen regionalen Amtsträger klagen in einem offenen Brief, es sei Fünf nach Zwölf. Wie weit müssen wir

denn eigentlich noch kommen in dieser Pandemie? Gerade viele Angehörige Ihrer Wählerschaft, nämlich Selbstständige und Gewerbetreibende, haben unter inkonsequenter Pandemienpolitik sehr zu leiden. Deren Existenzen sind gefährdet.

„Ich finde, eine Impfpflicht bleibt dennoch eine Ultima Ratio.“

Frei: Diese Gruppen leiden ganz erheblich. Beeinträchtigt sind wir natürlich alle. Diese Pandemie trifft unterschiedlich schwer. Ich habe eine allgemeine Impfpflicht auch nicht ausgeschlossen. Ich meine, wir müssen jetzt alle unsere Kapazitäten ausschöpfen und nicht über eine Impfpflicht für jene sprechen, die sich ohnehin nicht impfen lassen. Wir müssen die Impfquote nach oben treiben.

Es gibt gesellschaftliche Milieus, wo anders gedacht wird. Da kommen sie mit einer Kampagne nicht weiter. Und mit gutem Zureden auch nicht.

Frei: In Milieus, wo man sich partout nicht impfen lassen will, ist man auch bereit, ein Bußgeld zu zahlen. Wer jetzt zum Hausarzt geht und für März einen Termin bekommt, auf den muss die ganze Diskussion um eine Impfpflicht

scurril wirken. Schauen wir in andere Länder. In Israel zum Beispiel wird in Bars oder Supermärkten geimpft. Das ist niedrigschwellig.

Sie haben in Medien immer wieder betont, Kontakte zu reduzieren sei wichtig. Ist ein neuerlicher Lockdown mit der Union zu machen?

Frei: Ich würde gar nichts abschließen. Für 2G-Regelungen flächendeckend gibt es gute Gründe. Das wird eine enorme Wirkung haben. Im Gegensatz dazu wird es nur einen minimalen Effekt haben, Kontakte für Geimpfte zu beschränken. Einen Lockdown für Geimpfte kann ich mir nicht vorstellen. Das habe ich nicht zu entscheiden, aber ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, dass wir aus dieser Endlosschleife rauskommen.

Herr Frei, für die nächsten vier Jahre sitzen sie im Bundestag in Berlin. Nach dieser Legislatur werden Sie 52 Jahre alt sein und damit im richtigen Alter, für womöglich für noch größere Aufgaben. Bei der Bundestagswahl 2025 wird man sehen, was für die Union geht. Wenn es mit dem Regierungcomeback der CDU nichts wird, wird dann Ihr Weg nach Stuttgart führen?

Frei: (lacht) Was Sie da spekulieren...

Wir haben die „Süddeutsche Zeitung“ gelesen. Sie doch sicher auch.

Frei: Mein Platz ist in Berlin! Ich freu' mich jetzt auch auf die nächsten vier Jahre. Mal abwarten, welche Rolle ich in der Fraktion spielen darf. Wenn ich wieder eine führende Position bekleiden darf, dann werde ich eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, im Bundestag Oppositionspolitik zu formulieren.

Zumindest haben Sie als stellvertretender CDU-Landesvorsitzender in Stuttgart den Fuß in der Tür. Wenn die Union in vier Jahren scheitert, bietet sich Ihnen bei der nächsten Landtagswahl 2026 eine gute Chance. Zumal die Grünen dann wohl ohne Kretschmann antreten werden ...

Frei: In der Landes-CDU bilden wir im Vorstand die verschiedenen politischen Ebenen ab. Ich bin da eben als Bundespolitiker dabei. Und das ist auch mein Feld, das ich mit ganz großer Lust bearbeite. In der Regierungszeit war das eine große Erfüllung. Und genauso freue ich mich jetzt – ob Sie es mir glauben oder nicht – auf die Oppositionszeit.

„Ich habe nicht das Gefühl, dass ich etwas werden muss.“

Die Zeiten ändern sich. CDU-Landeschef Strobl wird auch nicht ewig an der Spitze bleiben. Und Sie werden dann, wie gesagt, im besten Politikeralter sein.

Frei: Ich habe nicht das Gefühl, dass ich etwas werden muss. Ich bin nicht auf der Suche nach etwas anderem.

Vorher sprachen Sie noch davon, wie hart die Oppositionsbank ist. Die nächsten 16 Jahre möchten Sie da aber auch nicht sitzen ...

Frei: Ich überleg' mir doch nicht, wie ich jetzt meine Haut retten kann, weil das in Berlin wahrscheinlich eh nichts wird. Ich will dazu beitragen, dass wir schnell wieder an die Regierung kommen. Als Teil der Oppositionsführung.

Das ist Thorsten Frei

Der ehemalige Donaueschinger Oberbürgermeister wurde 2013 erstmals in den Bundestag gewählt, wo er seit 2018 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion ist. Sowohl 2017 bei seiner ersten Wiederwahl als auch in diesem Jahr gelang es Frei, das zweitbeste Stimmenergebnis in Baden-Württemberg einzufahren. Allerdings hat sich von Mal zu Mal sein Stimmenanteil reduziert, was nicht zuletzt der politischen Großwetterlage geschuldet sein dürfte. Frei ist von Hause aus Jurist, weshalb Recht in seinem Vorstandsrésort im Mittelpunkt steht. *rat*



Manchmal war's in Anbetracht der kritischen Fragen gar nicht lustig für Thorsten Frei, dazwischen gab's dann aber immer doch noch was zu lachen beim Interview mit den NECKARQUELLE-Redakteuren.

